

## ZEITENWENDE CORONA: MIT OPTIMISMUS UND SOLIDARITÄT AUS DER KRISE

von Sebastian Hartmann



Foto: © NRWSPD

Die Corona-Pandemie hat unser Leben plötzlich und grundlegend geändert. Für viele Menschen ist es beschwerlicher geworden. Doch nach jedem Stillstand muss es auch wieder ein Lockern und Aufleben geben. Ähnlich angelegt wie die gemeinsam geplanten Maßnahmen für den Lockdown.

**I**ch bin fest davon überzeugt, dass wir die globale Krise überwinden werden. Denn eines zeigen die zurückliegenden Tage: Unsere Gesellschaft kann solidarisch, besonnen und entschlossen handeln.

Denjenigen, die dafür sorgten, dass die existenziellen Dinge unseres Lebens weiter funktionierten, gilt besondere Wertschätzung und großer Respekt. Ob zu Hause mit den Kindern, in den Krankenhäusern, in der Altenpflege oder an den Kassen des Einzelhandels – überall wurden und werden wahre Meisterleistungen erbracht. Das sind nur wenige Beispiele für die Vielen, ihnen allen gilt unser Dank.

Die vergangenen Wochen haben jedoch auch schonungslos die Versäumnisse der zurückliegenden Jahrzehnte aufgezeigt. Einerseits lief unsere Arbeitswelt am Limit, andererseits auf Sparflamme. Beides wird nun zum Problem und wenn wir ehrlich sind, gab es dafür nicht erst seit Kurzem deutliche Warnsignale. Unser Wirtschaften war auf Effizienz und Profitmaximierung gedrillt; vieles war auf Kante genäht. Jetzt brechen ganze

Geschäftsmodelle zusammen. Aufträge bleiben von heute auf morgen aus. Im Lokalen wie im Globalen werden Liefer- und Produktionsketten unterbrochen. Das bedeutet einerseits Einschnitte beim alltäglichen Konsum, andererseits wird der existenziell wichtigen Daseinsfürsorge der Boden entzogen. Medizingüter wie Beatmungsgeräte oder Atemschutzmasken werden plötzlich zur Mangelware. Auch das wäre vermeidbar gewesen.

### Unsere Werkzeuge: Optimismus und Solidarität

Corona lehrt uns, dass in vielen Bereichen ein „Weiter so“ keine Zukunft hat. Es ist Zeit für einen Paradigmenwechsel und ich spüre, dass viele Bürgerinnen und Bürger es genau so sehen. Ziehen wir also aus dieser Krise die richtigen Erkenntnisse und stellen wir gemeinsam die Weichen für einen starken solidarischen Staat. Wir haben dafür mächtige Werkzeuge: Optimismus und Solidarität.

Wir erleben gerade, was in der Krankenpflege geleistet wird – besonders in der Krise, aber auch an normalen Tagen. Gleiches gilt für die Altenpflege, die Ordnungs- und Rettungsdienste. Das sind Beispiele, die naheliegen und derzeit häufig genannt werden. Zu Recht. Aber mir liegen weitere Berufe am Herzen, die bisher nicht die Wertschätzung erfahren, die ihnen zustehen müsste. Ohne die Beschäftigten an den Kassen, im Nah- und Fernverkehr oder diejenigen, die über die Autobahnen Europas die Versorgung sicherstellen – ohne sie würde kaum noch etwas funktionieren. Und dann sind da die Erzieherinnen und Lehrer. Ohne sie wären die Jahr um Jahr neu ausgerufenen Beschäftigungsrekorde unmöglich gewesen. Sie alle und viele andere mehr bilden das Rückgrat unserer Gesellschaft. Damit das so bleibt, braucht es einen radikalen Richtungswechsel. Es braucht mehr Solidarität und bessere Arbeitsbedingungen. Diese sind kein Selbstzweck, sondern Voraussetzung für einen funktionierenden Staat. Genau das zeigt die Corona-Pandemie. →



### Wir brauchen starke Betriebsräte und Gewerkschaften

Wir brauchen endlich wieder eine gelebte Sozialpartnerschaft. Wir haben uns zu oft mit Mindesteinkommen abgefunden. Daran hat sich die Wirtschaft orientiert. Wir müssen aber endlich wieder um Tarifpolitik und Arbeitsrecht streiten. Als Politiker können wir mit gutem Beispiel vorangehen, indem wir öffentliche Aufträge nur noch an tarifgebundene Unternehmen vergeben. Auch bei den Themen Bezahlung, Überstunden, Urlaub, Ausbildung, Personaluntergrenzen dürfen wir die vielen Einzelnen nicht länger allein lassen. Wir müssen weg vom Weg weiter in die Ellenbogen-Gesellschaft. Dafür brauchen wir auch starke Betriebsräte und Gewerkschaften sowie einen gesetzlichen Rahmen, der die Position der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wieder stärkt. Wir brauchen Maßnahmen, die Dauerstress und Burn-out gar nicht erst entstehen lassen. Das ist gut für die Beschäftigten und hat einen positiven Nebeneffekt: Wenn wir die Arbeitsbedingungen entscheidend verbessern, werden wir auch den Personalmangel in bestimmten Berufen beheben können. Vor allem in der Pflege und Erziehung.

### Eine Gesundheitskrise ist keine Demokratiekrise

Das muss jetzt zur Richtschnur in der Krise werden. Die Rettungsschirme für Unternehmen sind gut. Sie dienen den Beschäftigten, die in der Krise nicht den Job verlieren dürfen und stützen Unternehmen für den Tag danach, wenn die Durststrecke überwunden ist. Wir werden nicht zulassen, dass manche nun versuchen, die Situation auszunutzen, um Arbeitszeitregeln, Tarifverträge oder gar Gesundheitsschutz auszuhebeln oder gar zu überwinden. Diese Regeln sind kein Ballast, sondern notwendige Voraussetzung eines sozialen und nachhaltigen Wirtschaftssystems. Wir dulden kein Ausnutzen seitens der Wirtschaft, aber ebensowenig seitens der Politik. Denn eine Gesundheitskrise ist keine Demokratiekrise. Deshalb haben wir die Pläne der NRW-Landesregierung vereitelt, ein nicht verfassungskonformes Notstandsgesetz durch den Landtag zu peitschen.

### Krankenhäuser sind keine Wirtschaftsunternehmen

Das alles zeigt: Wir brauchen mehr Debatten. Auch über den Stellenwert der Daseinsvorsorge. Was überlassen wir dem Markt und was gehört in die öffentliche Hand? Die bisherige betriebswirtschaftliche Arbeits- und Denkweise in der Gesundheitsfürsorge ist katastrophal: Krankenhäuser sind keine Wirtschafts- oder Aktienunternehmen. Diese Politik wird nun zum Bumerang. Der Abbau von Personal und Material geht immer schnell, der Aufbau hingegen dauert. Das lernen wir schmerzhaft. Menschen im Gesundheitssystem sind keine Kunden – sondern Patientinnen und Patienten.

Das gleiche gilt für die Ausstattung und Versorgung mit Medikamenten und medizinischen Hygieneartikeln. Wir merken, dass wir – früher selbst die Apotheke der Welt – uns abhängig und verletzbar gemacht haben. Deshalb brauchen wir nicht gleich die Globalisierung infrage zu stellen, müssen aber Lieferketten in sensiblen Bereichen der Daseinsvorsorge überdenken.

### Kommunen müssen entlastet werden

Global denken, lokal handeln – das gilt auch mit Blick auf unsere Kommunen. Ob Versorgung im Katastrophenfall oder Durchsetzung von Versammlungsverboten – die Kommunen machen einen hervorragenden Job, vielfach besser und konsequenter als das hektische, teils widersprüchliche Agieren mancher Landesregierung. Auch deshalb dürfen wir jetzt die finanziell angespannte Situation der Städte und Gemeinden nicht aus den Augen verlieren. Wenn die Krise so tiefe Spuren hinterlässt, wie befürchtet, dann dürfen nicht alte Schuldenberge der Kommunen mit neuen belastet werden, womöglich noch in Kombination mit wegbrechenden Gewerbesteuererinnahmen und rasant steigenden Soziallasten. Im Gegenteil. Gerade jetzt sollte uns bewusst werden, wie wertvoll handlungsfähige Kommunen sind. Eine Entlastung der Städte und Gemeinden von den drückenden Altschulden, wie von Olaf Scholz Anfang des Jahres vorgelegt, sollte daher weiter politisch Priorität haben.

### Neue Kultur im Umgang miteinander

Weiterhin geht es darum, das Virus zu besiegen und all denen solidarisch, unbürokratisch, finanziell und schnell zu helfen, die unter den Folgen der Corona-Epidemie leiden. Danach werden wir Schwächen und Versäumnisse, die uns die jetzige Krise schonungslos vor Augen führt, zum Anlass nehmen, um künftig manches anders und möglichst vieles besser zu machen. Diese Diskussionen werden hart und schwer, weil es um unsere Verletzlichkeit geht. Und wir werden dafür auch eine neue Kultur im Umgang miteinander entwickeln müssen. Corona zeigt, die Zeit ist reif: für einen Staat, der wieder Ausdruck eines solidarischen Gemeinschaftswillens ist und nicht von Partikularinteressen. Wir brauchen diese Zutaten mehr denn je, wenn wir in Zukunft besser durch Krisen kommen wollen. Denn Zukunft wird es geben – und Krisen nach Corona ebenfalls. ■

## DER KONSEQUENT INKONSEQUENTE:

# LASCHET ALLEIN VORAUS

von Nadja Lüders

Armin Laschet ist Ministerpräsident des größten Bundeslandes. Eines Bundeslandes, das wie ein Brennglas wirkt auf Deutschland. Pathetisch heißt es immer wieder: In NRW entscheidet sich Deutschlands Zukunft. Genau deshalb sollte dieses NRW eine Vorreiterrolle einnehmen – schon seines Ausmaßes und seiner Wirtschaftskraft wegen. Aber bitte nur eine Vorreiterrolle in positivem Sinne.

**G**enau das ist Armin Laschet, dem Mann an der Spitze NRWs, durchaus sehr bewusst. Also, die Dimension und die Strahlkraft seines Regierungslandes. Und insgeheim hofft er, ja ist davon überzeugt, dass auch diese Strahlkraft ihm durch sein Amt innewohnt.

Wiederum wird jener Armin Laschet dieser Vorreiterrolle einfach nicht gerecht. Im Gegenteil. Er beweist jetzt in der Krise deutlicher denn je: Er ist kein Mann, der ein Ziel verfolgt, der eine Strategie hat, um dieses Ziel zu erreichen. Nicht einmal seinem selbstgewählten Motto von „Maß und Mitte“ – übrigens auch die Überschrift seiner Regierungskoalition – wird er gerecht. Nein, Armin Laschet improvisiert, flickschustert, vergeigt und trickst. Zunehmend häufiger und sichtbarer. Er ist inkonsequent konsequent, aber mit einer radikalen Sowohl-als-auch-Mentalität. Und wenn es so richtig eng wird für ihn, lächelt die rheinländische Frohnatur das Übel möglichst aus der Welt. Oder antwortet mit dem Rücken an der Wand salopp flapsig: „Ich könnte das erklären, aber ich mache es nicht.“

### Nicht seriös: verschlammte Klausuren und gewürfelte Noten

Dieser Satz kam vor knapp fünf Jahren zu unrühmlicher Berühmtheit. Just diesen hatte Armin Laschet damals in die Mikros der Journalisten gesprochen, die über das mysteriöse Verschwinden von Klausuren und rekonstruierte Noten rätselten. Denn der damalige CDU-Vorsitzende im NRW-Landtag und heutige Ministerpräsident hatte die Klausuren seiner Student\*innen verloren. Aber Armin gar nicht dumm, drehte einfach mal die Würfel um: Er hatte dennoch Noten für alle Klausuren vergeben. Übrigens auch an Student\*innen, die gar nicht mitgeschrieben hatten. Dieses gewürfelte Glücksspiel war ein Paradestück für den unseriösen Würfelarmin.

Zumindest beim Unseriösen bleibt sich Armin Laschet treu. Mittlerweile ergänzt er die Nichtseriosität mit Flickschusterei. Erst vor Wochen legte seine Regierung dem NRW-Landtag ein drakonisches und verfassungswidriges Epidemiegesetz vor. Die darin weitreichenden Regelungen ließen eher eine Demokratiekrise vermuten, als eine Gesundheitskrise. Mit dem ursprünglichen Gesetz hätten Mediziner\*innen und Pfleger\*innen zwangsrekrutiert sowie medizinisches Gerät beschlagnahmt werden können. Als NRWSPD konnten wir das Laschet so nicht durchgehen lassen. Zudem war der Entwurf handwerklich miserabel und mit heißer Nadel gestrickt. Gutwillig angemerkt: Laschets Begründung für ein derartiges Gesetz wäre sogar nachvollziehbar. Denn bis zur dritten Märzwoche verging kaum ein Auftritt des Landesvaters ohne dramatische Warnung: „Es geht um Leben und Tod. So einfach ist das, und so schlimm“, sagte er möglichst in alle Kameras. Dennoch rechtfertigt das für uns keinen Bruch mit der Demokratie.



### Seriosität keine Eigenschaft Laschets?

Übrigens nicht der erste Versuch von Laschets Regierung, die Demokratie in NRW zu schleifen. Erst im Dezember 2019 hatten sich die Schwarz-Gelben eine schallende Ohrfeige vor dem Verfassungsgerichtshof eingefangen: Sie wollten mal eben die Stichwahl bei den Kommunalwahlen kassieren. „Verfassungswidrig“ entschied das Gericht. Damit war das machttaktische Gefummel von CDU und FDP am Wahlrecht abrupt beendet.

Apropos Seriosität. Die gehört anscheinend gar nicht mehr zu Laschets Eigenschaften. Kaum hatte er dieser Tage sein umstrittenes Epidemiegesetz im Landtag präsentiert, justierte er seinen rhetorischen Kurs neu. Noch eine Stunde vor der Abstimmung des Gesetzes schwenkt Laschet zum nächsten Extrem und fordert Lockerungen: Die Politik müsse auch die Kosten des Lockdowns im Blick haben. Seine drastischen Stichworte waren „häusliche Gewalt“, „Gefährdung des Kindeswohls“, „große Arbeitslosigkeit“, „Depression und Suizide“. Plötzlich wurde der Nur-langsam-in-die-Gänge-Kommende und Ausbremsler zum vorpreschenden Exit-Treiber, der offensichtlich im Wettlauf der Vorschläge sich selbst überbieten wollte. Laschet rief klammheimlich seinen Corona-NRW-Expertenrat zusammen, der ihm sein lockerndes Papier aufsetzte. Quasi als geheimes Ostergeschenk für alle anderen Länderchef\*innen und die Kanzlerin. Absolut kein schlüssiges Vorgehen. Und noch schlimmer: ein unseriöser und nicht abgestimmter Alleingang.

### Laschet-Niederlage auf ganzer Linie

Vergessen war da inzwischen, dass er vor gut drei Wochen seinem bayrischen Amtskollegen Markus Söder lautstark einen Alleingang vorgeworfen hatte. Der hatte eigene Ausgangsbeschränkungen im Freistaat durchgesetzt. Und seit Gründonnerstag versuchte ausgerechnet dieser Armin Laschet seinen eigenen Alleingang, nur eben in die umgekehrte Richtung. Wahrscheinlich war er es leid, immer wieder von Markus Söder im Wettlauf überholt zu werden, der ihm gar Nasenlängen voraus war. Oder war Laschet getrieben von der eigenen Karriere um die K-Frage?

Im Jetzt betrachtet, war der Alleingang eine fatale Bauchlandung: Laschet musste in fast allen Punkten zurückrudern. Jedoch mit Niederlagen konnte er noch nie gut umgehen, was er als Kniffelarmen schon bestens bewies. Auch jetzt wollte er wieder sein Gesicht wahren: Noch am Abend der Bund-Länder-Entscheidung fiel der NRW-Ministerpräsident seiner Schulministerin Yvonne Gebauer öffentlich in den Rücken.

Er ließ sie wissen, dass man einen Konsens der 16 Länder brauche, „gerade in der Schulpolitik darf es keine Alleingänge geben“. NRW werde „umsetzen, was die Länder gemeinsam mit der Bundeskanzlerin entscheiden“. Und kaum ausgesprochen, hat sich Laschet dann aber doch einen erlaubt: Abiturienten sollen in NRW bereits in der Woche ab 20. April wieder unterrichtet werden oder zumindest in Prüfungsvorbereitungsgruppen zusammenkommen. Nur so könne man gewährleisten, dass die Abiturprüfungen nicht verschoben werden müssten. Auch das ist nur eine unseriöse und mitnichten verantwortungsbewusste Entscheidung. Denn die Verwirrung nimmt dadurch bei Lehrpersonal, Eltern und Schüler\*innen gleichermaßen zu. Zu organisieren haben es dann wieder die anderen, nämlich die Kommunen. Und sollte das nicht klappen, weil beispielsweise Schutz- und Hygienemaßnahmen schlichtweg fehlen, sind eben die anderen schuld. Er kann dann einfach weiter seriös lächeln...

Eine präzisere Analyse von Laschets Corona-Kurs offenbart damit: Es gibt keine klare, keine gerade Linie, nur ein inkonsequent konsequentes Sowohl-als-Auch. Aber das zumindest seriös durchgehalten. ■

## DREI MAL KURZ UND KNAPP

mit **Monika Griefahn**

Monika Griefahn ist Gründungsmitglied von Greenpeace Deutschland. Von 1990 bis 1998 war sie Umweltministerin in Niedersachsen. Dreimal zog sie als direkt gewählte Abgeordnete in den Bundestag ein. Jetzt kandidiert sie als Oberbürgermeisterin in ihrer Heimatstadt Mülheim an der Ruhr. Wir haben mit ihr über die Lage der Kommunen in der Corona-Krise gesprochen.



Foto: © PR-Foto Köhring

**Die Corona-Pandemie ist für uns alle eine große Herausforderung. Auch die Kommunen leiden unter der derzeitigen Krise. Sie sind teils hoch verschuldet und jetzt brechen auch noch ihre Einnahmen weg. Wie schätzt Du die Folgen für Mülheim und andere Städte im Ruhrgebiet ein?**

Die Folgen für unsere Stadt sind erheblich und machen mir große Sorgen. Mülheim an der Ruhr ist eine Kommune mit einer weit überdurchschnittlichen Verschuldung, die uns bereits jetzt viel Gestaltungsspielraum kostet. Die Corona-Krise wird zu geringeren Steuereinnahmen bei gleichzeitig höheren kommunalen Ausgaben führen. An einen ausgeglichenen Haushalt ist nicht zu denken. Im Gegenteil: Wir müssen Geschäfte und Unternehmen unterstützen, damit sie wieder Einnahmen für ihre Zukunft und später auch wieder Steuern generieren. In dieser Krise zeigt sich, dass nur ein starker Staat handlungsfähig ist und einkommensschwache und hilfsbedürftige Menschen nicht im Stich lassen darf.

**Die SPD drängt seit langem auf einen Schuldenschnitt für die Kommunen. Nach den Milliardenpaketen gegen die Corona-Krise schrumpft dafür der finanzielle Spielraum. Welche Möglichkeiten siehst Du, dass Städte wie Mülheim auch ohne Entlastung von den drückenden Altschulden handlungsfähig bleiben oder werden?**

Ich bin mal gnadenlos ehrlich: Ich sehe da keine Chance. Das sage ich nicht leichten Herzens, denn als Kandidatin für das Amt der Oberbürgermeisterin hätte ich gern eine Zauberformel, mit der ich nach meinem Amtsantritt alle Probleme auflösen könnte. Aber Mülheim ist ein gutes Beispiel dafür, dass sich viele Städte nicht am eigenen Schopf aus dem Sumpf ziehen können. In der Kostenverteilung zwischen Bund, Land und Kommunen ist ein Fehler angelegt, wenn es zu einer so erdrückenden finanziellen Lage kommen kann. Ich spreche im Rahmen meiner Kandidatur mit vielen klugen, informierten Menschen nicht nur in Mülheim. Olaf Scholz hat einen Schuldenschnitt angeboten – aber die CDU wehrt sich noch. Hier ist auch die Landesregierung mit Armin Laschet gefragt, selbst über die Hürde zu springen und auch seine CDU-Kollegen im Bund zu überzeugen, dass es nicht anders geht. Ich möchte gerne in Mülheim mit einer Stadtentwicklungsgesellschaft, die auch selbst Kredite aufnehmen darf, Projekte zum Wohle der Stadt finanzieren.

**Wir erleben in diesen Zeiten viel Solidarität und Zusammenhalt. Vielerorts sind Hilfsangebote und Solidaritätsaktionen entstanden. Welche Ideen hast Du, wie wir dieses Gemeinschaftsgefühl aufrechterhalten können?**

Indem wir daran erinnern, dass das die gesellschaftliche Normalität sein sollte. Wir Sozialdemokraten wollen die in Mülheim entstandenen Initiativen bündeln, verstetigen und als dauerhaften Teil der Stadtgesellschaft etablieren. Denn sie zeigen, wie Menschen in einer Krise wirklich sind, und das soll auch nach der Coronakrise nicht vergessen werden. Der Bedarf an Hilfeleistungen und gegenseitiger Unterstützung wird nicht plötzlich verschwinden. Diese Energie können wir mitnehmen und transformieren. Für mich zeigt die Krise wenigstens eine positive Sache: Solidarität, Miteinander und gesellschaftliche Verantwortung sind keine veralteten Werte. Das waren sie nie und darum haben wir Sozialdemokraten auch immer daran festgehalten. Veraltet sind für mich die «Geiz ist Geil»-Mentalität sowie neoliberale Rufe nach «Privat vor Staat», die sich jetzt wieder als Irrweg erwiesen haben. Und wir sehen: Eine starke Sozialdemokratie wird noch gebraucht, damit auch die Demokratie insgesamt und die Möglichkeiten des Staates erhalten bleiben und nicht die vermeintlich sich selbst regulierende Macht des Marktes, der von Finanzfonds und Digitalgiganten beherrscht wird (Franz Müntefering nannte sie einmal Heuschrecken!). ■

### LANDESPARTEITAG AM 16. MAI ABGESAGT

Aufgrund der Corona-Epidemie ist der geplante Landesparteitag in Münster abgesagt.

|                  |                    |  |
|------------------|--------------------|--|
| <b>IMPRESSUM</b> | <b>Herausgeber</b> | Nadja Lüders, SPD-Landesverband NRW<br>Werdener Straße 4, 40227 Düsseldorf |
|                  | <b>Redaktion</b>   | Yvonne Reißig, Astrid Mohr, Christiane Spittel                             |
|                  | <b>E-Mail</b>      | vorwaerts@nrwspd.de  |
|                  | <b>Internet</b>    | www.nrwspd.de  |